

# **Euro- und Finanzmarktkrise: Regierungspolitik verschärft die Krise – Kurswechsel ist erforderlich!**



## **Die aktuellen EU- Gipfelbeschlüsse und ihre Auswirkungen**

**Eine Broschüre des ver.di-Fachbereichs  
Finanzdienstleistungen**

**Liebe Leserin, lieber Leser,  
liebe Kollegin, lieber Kollege,**

es ist an der Zeit, die Auswirkungen der jüngsten EU-Gipfel-Beschlüsse im Kontext einer nunmehr seit Jahren fortschreitenden Finanzmarktkrise dazustellen und fachkundig zu analysieren. Wir sind froh, dass sich der Autor Uwe Foullong als ausgewiesener Experte der Finanzdienstleistungen und mehrjähriger Leiter des ver.di-Fachbereichs Finanzdienstleistungen dieser Aufgabe angenommen hat. Das Ergebnis umfassender Recherchearbeiten ist eine in dieser Form einzigartige, aktuelle Darstellung und Bewertung der finanzwirtschaftlichen Entwicklungen.

Die Kernthese lautet:

Die Regierenden in Europa lösen mit ihren Beschlüssen nicht nur nicht die Krise – sie verschärfen sie sogar. Ein Kurswechsel ist erforderlich!

Es werden die Auswirkungen der letzten beiden EU-Gipfel-Beschlüsse:

- \* 50prozentiger Schuldenschnitt bei griechischen Staatsanleihen
- \* Notwendige Rekapitalisierung der europäischen Banken auf Basis einer 9prozentigen Kernkapitalquote
- \* Aufstockungen von EFSF und IWF sowie vorgezogene Gründung des ESM
- \* Verstärkte Sparauflagen und neuer europäischer Vertrag zu Schuldenbremse, strikter nationaler Haushaltskontrollen durch die EU-Kommission einschließlich automatischer Sanktionen bei Fehlverhalten

sowie unser gewerkschaftliches Alternativkonzept zur Lösung der Krise übersichtlich beschrieben.

**Viele Grüße vom ver.di-Team Banken/Sparkassen Niedersachsen Bremen**

Freddy Pedersen, Braunschweig Tel.:0531-2440815 Email: [freddy.pedersen@verdi.de](mailto:freddy.pedersen@verdi.de)

Horst Reglin, Oldenburg Tel.: 0441-96976-30 Email: [horst.reglin@verdi.de](mailto:horst.reglin@verdi.de)

Lothar Richter, Göttingen Tel.: 0551-54850-18 Email: [lothar.richter@verdi.de](mailto:lothar.richter@verdi.de)

Markus Westermann, Bremen Tel: 0421-3301-140 Email: [markus.westermann@verdi.de](mailto:markus.westermann@verdi.de)

Stefanie Reich, Hannover Tel. 0511-12400-361 Email: [stefanie.reich@verdi.de](mailto:stefanie.reich@verdi.de)

Jeannine Geißler Tel. 0511-12400 366 Email [jeannine.geissler@verdi.de](mailto:jeannine.geissler@verdi.de)

Jörg Reinbrecht, Hannover Tel. 0511-12400-363 Email: [joerg.reinbrecht@verdi.de](mailto:joerg.reinbrecht@verdi.de)

Christoph Meister, Koordination Tel.: 0511-12400-360 Email: [christoph.meister@verdi.de](mailto:christoph.meister@verdi.de)

In 2010 und 2011 haben die Staats- und Regierungschefs der Euro- und EU-Staaten in insgesamt 16 (!) Gipfeltreffen mit immer neuen Beschlüssen versucht, die Staatsfinanzierungskrise (1) zu lösen.

Die jüngsten Euro-Gipfelbeschlüsse von Oktober und Dezember 2011 sollen nun den großen Wurf zur Behebung der Euro-Krise bringen. Die europäischen Staats- und Regierungschefs beschlossen

1. einen 50prozentigen freiwilligen Schuldenschnitt bei griechischen Staatsanleihen, die private Gläubiger halten,
2. eine notwendige Rekapitalisierung der Banken auf Basis einer 9prozentigen Kernkapitalquote,
3. die Aufstockung bzw. Hebelung des *befristeten* europäischen Rettungsschirms EFSF, die um 1 Jahr vorgezogene Gründung des *dauerhaften* Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) zum Juli 2012 sowie die Bereitstellung von 200 Mrd Euro durch die nationalen Zentralbanken für den Internationalen Währungsfonds (IWF), um ihn bei der Lösung der Eurokrise stärker mit einzubeziehen,
4. verstärkte Sparauflagen insbesondere für Italien sowie einen neuen europäischen Vertrag mit verbindlichen Schuldenbremsen, einer scharfen Haushaltskontrolle durch die EU-Kommission und automatischen Sanktionen für sogenannte Defizitsünder.

Diese Beschlüsse zielen insbesondere darauf, den Druck auf die Regierungen für eine Konsolidierungspolitik zu erhöhen. Den Finanzmärkten soll signalisiert werden, dass die Schulden begrenzt und beherrscht werden. Der Grundsatz dieser Krisenintervention lautet: Nur durch eine Konzentration auf die Sparpolitik kann die Finanz- und Wirtschaftskrise beseitigt werden.

*Aber die aktuellen Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft zeigen deutlich, dass die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise bei weitem nicht gelöst ist - noch nicht einmal auf einem gute Wege ist, demnächst gelöst zu werden.*

*Im Gegenteil: Die jüngsten Euro-Gipfel-Beschlüsse verschärfen die Krise, weil sie neue, zusätzliche Risiken und Probleme schaffen:*

### **Freiwilliger Schuldenschnitt für Griechenland wirkt nicht entlastend**

Die insgesamt 200 Mrd Euro griechischer Staatsanleihen, die die privaten Gläubiger wie Banken, Versicherungen und Hedge Fonds halten, sollen auf freiwilliger Basis von ihnen in nur noch 100 Mrd Euro neuen Staatsanleihen umgetauscht werden. Die Gespräche dazu laufen derzeit mit erheblichen Schwierigkeiten. Es ist absehbar, dass die Entlastung von 100 Mrd Euro nicht zustande kommt. Gestritten wird über den (niedrigeren) Zinssatz der neuen eingetauschten Staatsanleihen. Hinzu kommt, dass insbesondere die privaten Gläubiger, die sich mit Kreditausfallversicherungen abgesichert haben, schlicht kein Interesse an einem Schuldenschnitt haben und die Gespräche belasten.

Aber selbst wenn die 100 Mrd Euro Entschuldung zustande kämen, würde damit keine wirksame Entlastung erreicht, weil dieser Schuldenschnitt und die in Aussicht gestellten Kredite unter der Bedingung weiterer massiver Spar- und Kürzungsaufgaben erteilt sind. Die Krise in Griechenland verschärft sich, weil die Spar- und Kürzungsaufgaben zu einem starken Wirtschaftseinbruch in den letzten Jahren geführt haben -allein in 2011 brach die griechische Wirtschaft mit minus 5% wiederholt heftig ein- und eine weitere Schrumpfung in diesem Jahr ist zu erwarten.

Ein weiteres Problem entsteht, weil der beschlossene Schuldenschnitt insbesondere bei den Banken zu massiven Abschreibungen und Verlusten führt. Damit Banken aber nicht mit Dominoeffekten und negativen Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft insolvent werden, haben die europäischen Staats- und Regierungschefs eine Rekapitalisierung der Banken beschlossen. Dabei wird eine 9prozentige Eigenkapitalquote für die 70 europäischen Banken vorgegeben, die bis Ende Juni 2012 erreicht sein muss. Die europäische Bankenaufsicht (EBA) hat inzwischen daraus einen Kapitalbedarf von insgesamt 114,7 Mrd Euro errechnet (2)

Im Ergebnis wird also die durch den Schuldenschnitt beabsichtigte Entlastung Griechenlands negativ kompensiert durch massive Einnahmeausfälle aufgrund des andauernden Wirtschaftseinbruchs mit der Folge, dass weitere Kredite zur Bedienung der Schulden erforderlich werden und damit die Schuldenlast Griechenlands weiter steigt. Hinzu kommt, dass die europäischen Banken aufgrund des Schuldenschnitts mit 114,7 Mrd Euro frischem Kapital stabilisiert werden müssen, um die Gesamtwirtschaft nicht zu gefährden. Dieser Betrag muss notfalls von den europäischen Regierungen, also vom Steuerzahler, aufgebracht werden.

### **Rekapitalisierung europäischer Banken bringt zusätzliche Probleme für die Wirtschaft**

Die durch den so gestalteten nutzlosen Schuldenschnitt notwendig werdende Rekapitalisierung der 70 europäischen Banken wirkt problematisch. Die Banken versuchen derzeit, eine Kapitalzufuhr durch den Staat zu vermeiden. Dazu haben sie grundsätzlich zwei verschiedene Möglichkeiten: Zum einen können sie frisches Kapital an den Finanzmärkten aufnehmen sowie Gewinne, sofern sie entstehen, einbehalten (Wachstumsstrategie) und zum anderen können sie ihre Vermögens- bzw Risikopositionen, die mit Eigenkapital unterlegt sein müssen, reduzieren, um den gesamten Kapitalbedarf zu senken (Schrumpfsstrategie).

Da die Finanzmärkte kaum Vertrauen in die Banken haben (3) wird eine massive Kapitalzufuhr unrealistisch sein. Die aktuellen Erfahrungen der italienischen Unicredit belegen dies (4). Demnach bleibt die Schrumpfung die einzige Variante, wenn – wie die beiden betroffenen inländischen Banken, Deutsche Bank und Commerzbank betonen- eine staatliche Kapitalzufuhr um jeden Preis vermieden werden soll.

Wenn sich aber die europäischen Banken auf eine solche Schrumpfsstrategie konzentrieren, dann wird in einem hohen Maße die Kreditvergabe eingeschränkt. Die Commerzbank hat inzwischen erklärt, dass sie ihre Kreditvergabe mit Ausnahme in Deutschland und Polen einschränken wird. Zwar wird in Deutschland zumindest in diesem

Jahr kaum mit einer Kreditklemme zu rechnen sein, weil die Sparkassen und Genossenschaftsbanken für weitgehende Stabilität sorgen. Eine Kreditklemme mit negativen Auswirkungen auf das Wachstum droht aber konkret in anderen Teilen Europas und kann sich darüber auch auf die deutsche Wirtschaft negativ auswirken.

Im Ergebnis schaffen die aktuellen Euro-Gipfelbeschlüsse zu freiwilligem Schuldenschnitt und dadurch erforderlicher Rekapitalisierung der Banken neue Risiken und Probleme ohne das Kernproblem der Stabilisierung des Euros zu lösen. Das Bankensystem ist immer noch von viel zu großen Instituten geprägt, die –gehen sie in die Insolvenz- der Gesamtwirtschaft schaden („too big to fail“). Deshalb wirkt der Schuldenschnitt destabilisierend auf das Bankensystem und die gesamte Wirtschaft. Aus diesem Grunde werden mit den erforderlichen kurzfristigen Kapitalzufuhren riskante, ggf. für den Staat teure Aktivitäten unternommen.

### **Die Rettungsschirme Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), Europäischer Stabilisierungsmechanismus (ESM) und Internationaler Währungsfonds (IWF) sind mangelhaft konstruiert**

Die Aufstockung des befristeten europäischen Rettungsschirms EFSF auf netto 440 Mrd Euro und eine weitere beabsichtigte „Hebelung“ (Vervielfältigung) der davon noch freien Mittel in Höhe von 250 Mrd Euro auf insgesamt 1000 Mrd Euro (1 Billion Euro) reicht bei weitem nicht aus, die Risiken im Euroraum insgesamt abzudecken. Dabei bleibt völlig unklar, ob die zu 1000 Mrd Euro gehebelten Mittel überhaupt zustande kommen. Bei der Zurückhaltung der Investoren sieht es derzeit danach überhaupt nicht aus. Auch die um 1 Jahr vorgezogene Gründung des dauerhaften Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) im Juli d.J. kann wegen der unzureichenden Mittel nicht alle Risiken abdecken. Aus diesem Grunde haben die europäischen Staats- und Regierungschefs weitere 200 Mrd Euro beschlossen, die die nationalen Zentralbanken dem IWF überweisen sollen, damit der Weltwährungsfonds sich mit einem weit größerem Betrag bei der Lösung der Eurokrise engagiert. Aber auch diese „Hebelung“ mit Hilfe des IWF ist nicht sicher, da sich bereits die USA dagegen ausgesprochen haben. Eine weltweite Diskussion über die Frage, ob der IWF mehr Mittel als bisher zur Lösung der Eurokrise einsetzen soll ist im Gange – mit offenem Ausgang.

Im Ergebnis schaffen diese Beschlüsse zum EFSF, ESM und IWF neue Unsicherheiten und Probleme anstatt verlässliche Lösungen. Mit der Hebel-Konstruktion des Rettungsschirms EFSF agieren die europäischen Regierungen wie ein Kapitalmarktakteur, anstatt den EFSF als starken Regulator der Kapitalmärkte einzusetzen. Durch Mitspielen auf den Kapitalmärkten seitens der Regierungen löst man aber diese Krise nicht. Das zeigt auch das hilflose Bemühen, den IWF stärker zu aktivieren.

### **Sparauflagen, Fiskalunion mit Schuldenbremse, Haushaltskontrolle und automatischen Sanktionen fördern die wirtschaftliche Abwärtsspirale**

Die Krisenländer erhalten für die Kredite des europäischen Rettungsfonds harte Spar- und Privatisierungsaufgaben. Das gilt für Irland, Spanien, Portugal und Griechenland. Dabei wird vor jeder neuen Kreditbewilligung von einer Kommission aus EU-Kommission, EZB und IWF (

„Trojka“) geprüft, in weit die erteilten Auflagen umgesetzt sind, um dann ggf. neue und weitere Auflagen zu erteilen. Aktuell laufen solche „Verhandlungen“ derzeit mit Griechenland. Hier zielt die „Trojka“ nach der Absenkung von Renten und Löhnen im öffentlichen Dienst jetzt insbesondere auf die Absenkung der Gehälter in der Privatwirtschaft. Italien wurde auf dem Euro-Gipfel Ende Oktober 2011 dazu verpflichtet, Sparprogramme aufzulegen, obwohl der Rettungsfonds hier keine Kredite vergibt, weil Italien die notwendigen Mittel auf den Kapitalmärkten (noch) erhält. Ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der EU. Die deutsche Bundesregierung hat durchgesetzt, dass diese Verpflichtung Italiens jetzt ausgedehnt werden soll auf die gesamte Eurozone und EU. Auf dem EU-Gipfel im Dezember 2011 wurde beschlossen, einen neuen Vertrag in der EU rechtsverbindlich zu schließen, in dem sich die nationalen Staaten einer scharfen Haushaltskontrolle durch die EU-Kommission aussetzen mit grundsätzlich automatischen Sanktionen bei bestimmten Defizitgrößen und der verbindlichen Regelung einer Schuldenbremse analog der neuen deutschen Verfassungsbestimmung. Derzeit werden die Einzelheiten dieses neu geplanten Staatsvertrages auf Staatssekretärebene ausgearbeitet, um sie schnellstmöglich zu beschließen. Der 17. Eurogipfel (seit Anfang 2010) Ende Januar wird sich bereits mit Details dazu befassen. Bei Umsetzung dieser Beschlüsse werden die europäischen Staaten gezwungen sein, eine anhaltende Spar- und Kürzungspolitik durchzuführen. Europa würde eine neue Stufe der Integration betreten, allerdings mit einer verhängnisvollen Entwicklung. Denn eine solche Fiskalunion würde die bereits eingetretene wirtschaftliche Abwärtsspirale forcieren. Weitere Spar- und Kürzungsprogramme auch in Deutschland wären die zwingende Konsequenz aus dieser Art Fiskalunion. Die wirtschaftliche Entwicklung würde bestenfalls stagnieren, eher noch schrumpfen, die Arbeitslosigkeit würde steigen, Renten, Löhne und soziale Leistungen würden (weiter) reduziert. Der Sozialstaat würde demontiert. Diese Entwicklung hat bereits eingesetzt. Die Sparauflagen für Portugal, Spanien, Irland und Griechenland haben zu Stagnation und zum Wirtschaftseinbruch geführt. In Griechenland schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vergangenen Jahr (minus 5%) zum fünften Male in Folge und wird auch in diesem Jahr weiter schrumpfen. Für Europa bedeuten die prognostizierten Wachstumsraten für 2012 Stagnation, für Deutschland wird von mehreren Wirtschaftsforschungsinstituten ein Wachstum von nur noch 0,4 bis 0,6% vorher gesagt, das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) prognostiziert für 2012 sogar eine Schrumpfung von 0,1%. Rezession, mindestens Stagnation ist die wirtschaftliche Perspektive Deutschlands und Europas in 2012 und den Folgejahren, wenn die Wirtschafts- und Haushaltspolitik nach dem Prinzip der Konzentration auf Einsparungen und Kürzungen verfährt. Das Prinzip „Sparen – koste, was es wolle“ führt zu einer weiteren wirtschaftlichen Abwärtsspirale in Europa.

*Im Ergebnis führt die vermeintliche Logik, dass Staatsverschuldungen primär durch Einsparungen und Kürzungen ( Konsolidierungspolitik) beseitigt werden müssen zu einer krassen wirtschaftlichen Fehlentwicklung, wie derzeit bereits zu beobachten ist. Mit einer solchen Konsolidierungspolitik werden soziale Misstände und soziale Verwerfungen produziert. Der Sozialstaat wird demontiert.*

## **Schlussfolgerung:**

Insgesamt 16 EU-Gipfeltreffen in 2010 / 2011 konnten die Finanzmarkt- und Eurokrise nicht lösen. Stattdessen wurden durch die insbesondere von der deutschen Bundesregierung geprägten Beschlüsse neue Unsicherheiten und Probleme geschaffen. Insofern ist es nicht verwunderlich, wenn derzeit völlig unklar ist, ob die europäischen Staaten in diesem Jahr an den Finanzmärkten das nötige Kapital erhalten, um ihre fälligen Staatsanleihen bedienen zu können. Nun sind in den ersten beiden Januar-Wochen die neuen Anleihen von Spanien, Italien und des EFSF auf dem Kapitalmarkt vollständig platziert worden. Aber die Unsicherheiten sind damit keineswegs beseitigt. Italien muss in den ersten vier Monaten d.J. insgesamt 157 Mrd Euro an fälligen Staatsanleihen bedienen. Und auch Spanien mit 55,4 Mrd Euro und Frankreich mit 147 Mrd Euro fälliger Staatsanleihen bis Ende April 2012 sind den nicht behobenen Unsicherheiten der Finanzmärkte weiter ausgesetzt. Die vielen Diskussionen nach den aktuellen Herabstufungen von 9 Euro-Ländern durch die Ratingagentur Standard & Poor's zeigen, wie hoch die Unsicherheiten und die Nervosität ist. Die Eurokrise ist trotz der vielen Beschlüsse der 16 Eurogipfel nicht gelöst. Im Gegenteil: Die Krise hat sich verschärft. Für Griechenland ist die wirtschaftliche Entwicklung derart eingebrochen, dass es seit letztem Jahr ganz konkret darum geht, eine Insolvenz abzuwenden. Hinzu kommt, dass die Ansteckungen anderer Länder wie insbesondere Italien, aber auch Frankreich nicht mehr ausgeschlossen sind. Die Eurokrise ist von den Peripherieländern Europas in den Kernländern angekommen. Das ist das Ergebnis einer von deutscher Seite initiierten europäischen Politik, den Finanzmärkten mit der Konzentration auf eine Spar- und Kürzungspolitik „gefallen“ zu wollen, anstatt mit klaren Entscheidungen die Unsicherheiten und Panik an den Finanzmärkten zu beenden und diese durch strikte Regulierung dem Primat der Politik unter zu ordnen.

## **Kurswechsel ist erforderlich – Mehr Europa, aber anders**

Eine Krisenlösung sieht anders aus als die derzeitige Politik. Die eingesetzte Negativspirale „Sparen bzw Kürzen - Schrumpfen der Wirtschaft - Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Schulden - weiteres Sparen bzw Kürzen.....“ muss durchbrochen werden. Die Stabilisierung des Euro und die Begrenzung und Eindämmung der Staatsschulden ist ohne soziale Verwerfungen möglich durch eine aktive Wirtschafts-, Geld- und Fiskalpolitik. Dazu hat ver.di ein umfassendes wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Konzept entwickelt (5). Der DGB hat aktuell im Dezember 2011 in einem „4-Punkte-Programm für einen Kurswechsel in Europa“ (6) wesentliche Entscheidungen von den Regierenden gefordert. Im Folgenden werden diese vier Punkte inhaltlich kurz dargestellt:

### **1. EZB als Stabilitäts- und Rettungsanker**

Die EZB hat die Kraft, im Zweifel alle Staatsanleihen aufzukaufen. Deshalb würde allein mit der Ankündigung durch die EZB, dieses im Bedarfsfalle auch zu tun, Sicherheit und Ruhe an den Finanzmärkten einkehren. Da die EZB aber laut Satzung Staatsanleihen nicht direkt kaufen darf, kann dazu der indirekte Weg gewählt werden. Mit dem Rettungsfonds EFSF ist dies möglich. Der EFSF erhält dafür eine Banklizenz, kann sich deshalb Geld bei der EZB leihen, um Staatsanleihen in geforderten Umfang aufzukaufen. Die Zinsen für die Staatsanleihen können auf diese

Weise gering und damit vertretbar für alle Staaten gehalten werden. Der EFSF versichert, dass er das Ausfallrisiko des Anlegers beim Kauf von europäischen Staatsanleihen trägt. D.h. der Anleger erhält mit einem niedrigen Zins die Sicherheit, sein Geld notfalls vom EFSF vollständig zurück zu erhalten. Mit dieser Konstruktion würden sofort die Unsicherheiten und die Unruhe an den Finanzmärkten beseitigt und die Finanzierung der Staaten reibungslos ohne negative Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft sichergestellt.

## 2. **Vereinbarung zu einer konjunktur- und verteilungsgerechten Fiskalpolitik**

Die europäischen Staaten sollen ihre nationalen Fiskalpolitiken intensiv und verbindlich aufeinander abstimmen. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte muss konjunktur- und verteilungsgerecht erfolgen. Dazu ist eine Verständigung der europäischen Staaten insbesondere auf Steuermehreinnahmen vor allem durch eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen erforderlich. Steuerdumping eines Landes auf Kosten der anderen Länder ist zu beenden. Mit einer solchen Politik kann Staatsverschuldung reduziert und eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen angestrebt werden. Eine solche Fiskalunion unterscheidet sich deutlich von der jetzt von den europäischen Regierungs- und Staatschefs angestrebten Fiskalunion. Während eine auf das Sparen und Kürzen konzentrierte Fiskalunion wirtschaftliche Stagnation bzw. Abschwung mit sozialen Verwerfungen bewirkt, wird mit einer konjunkturgerechten Steuerpolitik Wirtschaftswachstum und Schuldenbegrenzung gefördert.

## 3. **Ein umfassendes Zukunftsprogramm, ein New Deal für Europa**

Die Wirtschaftseinbrüche in Europa müssen überwunden werden.

Wirtschaftswachstum ist erforderlich und dann machbar, wenn reichlich investiert wird. Deshalb ist ein umfassendes europäisches Zukunftsprogramm notwendig, das Investitionen in zukunftsfähige Dienstleistungen und Industrien, Bildung, ökologische Modernisierung, umweltschonende Mobilitätskonzepte, paneuropäische Infrastrukturprojekte sowie soziale Dienstleistungen, der Ausbau von Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Forschungsinstituten ermöglicht. Dabei ist der Entwicklungsrückstand in den peripheren Regionen Europa zu beseitigen und insbesondere der massiven Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen.

Europa hat nicht nur Staatsverschuldungen aufzuweisen, sondern ist zugleich reich. Während die öffentlichen Haushalte durch massive Steuersenkungen insbesondere für hohe Einkommen und gewinnträchtige Unternehmen ruiniert wurden, wuchsen die Vermögen auf inzwischen 27 Billionen ( 27.000 Mrd ) Euro in 2010. Gleichzeitig wurde der Niedriglohnsektor massiv gefördert und die Einkommen aus Arbeit in Deutschland real gesenkt. Die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen muss beseitigt werden. Die ungleichen Einkommen und Vermögen sind ungleich zur Finanzierung eines Zukunftsprogramms heranzuziehen. Starke Schultern müssen stärker belastet werden. Mit einem europäischen Zukunftsfonds sollen die notwendigen Mittel für das Zukunftsprogramm, für einen New Deal, gewonnen werden. Der Zukunftsfonds soll durch eine Zukunftsanleihe die notwendigen Investitionsmittel generieren. Um diese Anleihe platzieren zu können, braucht der europäische Zukunftsfonds Eigenkapital. Für die Beschaffung dieses Eigenkapitals gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten:

Reiche Bürger mit einem Vermögen von mehr als 500.000 Euro (Ledige) bzw 1 Mio Euro (Verheiratete) geben dem Fonds ein zinsloses Darlehen in Höhe von drei Prozent ihres Vermögens für eine Dauer von 10 Jahren. Oder –die zweite Variante- der Fonds erhält eine Vermögensabgabe von den reichen Bürgern in dieser Höhe. (Bei der ersten Variante „Anleihe“ erhalten die entsprechend reichen Bürger und Unternehmen ihr Kapital unverzinst nach 10 Jahren wieder zurück, während bei der zweiten Variante „Vermögensabgabe“ das Kapital auf Dauer bei dem Fonds verbleibt. Bei der notwendigen Umverteilung von oben nach unten ist die zweite Variante einer Vermögensabgabe die wirtschaftlich sinnvollere, d.Verf.)

Die Zinsen für die Zukunftsanleihe kann der Fonds aus den Steuer Mehreinnahmen bezahlen, die aufgrund des generierten Wachstums zustande kommen sowie aus neuen Steuern wie z.B. der Finanztransaktionssteuer, die mindestens 50 Mrd Euro p.a. betragen wird.

Mit einem solchen Zukunftsprogramm kann die von den Regierenden in Gang gesetzte Abwärtsspirale durchbrochen und in eine Aufwärtsspirale umgekehrt werden.

#### **4. Wirksame Regulierungsvorschriften für Finanzmärkte**

Die Finanzmärkte müssen streng reguliert werden, um sicher zu stellen, dass sie sich nicht negativ auf die Realwirtschaft auswirken. Finanzmarktkrisen sollten nicht entstehen können, zumindest nicht in diesen für die gesamte Volkswirtschaft schädlichen Dimensionen.

Dazu müssen volkswirtschaftlich schädliche Geschäfte und Produkte eingedämmt (und abgeschafft, d.Verf.) werden. Eine öffentliche Zulassungsstelle für Finanzprodukte ist erforderlich, die in einem Zulassungsverfahren prüft, ob das beantragte Finanzprodukt der Realwirtschaft schadet oder nützt.

Zudem sind härtere Eigenkapitalvorschriften erforderlich

( insbesondere differenzierte Eigenkapitalanforderungen sind erforderlich. Während die neuen ab 2019 geltenden Basel III-Regelungen schon härter als derzeit sind, sollten für spekulative Geschäfte noch härtere Eigenkapitalvorschriften als bei Basel III gelten, d.Verf.). Zusätzlich sind Mindestregulierungsvorschriften insbesondere auch für Schatteninstitute zu erlassen und systemrelevante Banken sollten schrittweise zerschlagen werden, indem das reale Bankgeschäft von dem spekulativen Investmentbanking organisatorisch getrennt und der Eigenhandel der Banken mit spekulativen Finanzprodukten abgestellt wird.

Mit einer solchen Regulierung kann der Finanzsektor auf seine dienende Funktion für die Realwirtschaft konzentriert werden (7).

## Zusammenfassung

Die Staatsfinanzierungskrise wird von den Regierungen als Überschuldungskrise, als Folge des „über die Verhältnisse leben“, dargestellt, aus der man nur herauskommt, wenn man sich auf das Sparen und Kürzen von Ausgaben konzentriert. Diese Diagnose ist falsch, weil die Staatsverschuldung aus ganz anderen Gründen drastisch gestiegen ist: Insbesondere wegen der massiven Ausgaben für Bankenrettungen aufgrund der Finanzmarktkrise und des Platzens von Spekulationsblasen, der Einnahmeausfälle aufgrund des wirtschaftlichen Einbruchs infolge der Finanzmarktkrise sowie der systematisch erfolgten staatlichen Einnahmeverluste aus einer Steuersenkungsspirale für vermögende Bürger und ertragreiche Unternehmen mit geduldeten Steuerhinterziehungen sowie stets angestiegener Leistungsbilanzungleichgewichte in Verbindung mit einer unkoordinierten Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Eurozone.

Im Kern handelt es sich deshalb um eine tiefgehende Vertrauenskrise (8), die von den Regierenden als solche nicht wahrgenommen wird. Insofern ist ihre Therapie falsch. Die Konzentration auf eine Spar- und Kürzungspolitik forciert die Abwärtsspirale. Eine Umkehr, ein Kurwechsel ist dringend erforderlich. Grundlage des Kurswechsels ist die Tatsache, dass den Verschuldungen der Staaten ein gigantischer Vermögenszuwachs bei privaten Bürgern und Unternehmen gegenüber steht. Der zur „Blut, Schweiß und Tränen-Politik“ alternative Ansatz heißt, die Vermögenden Bürger und Unternehmen durch eine angemessene –deutlich höhere- und gerechte Besteuerung zur Lösung der Staatsfinanzierungs- und Wirtschaftskrise heranzuziehen sowie eine aktive und gemeinsame wachstums- und beschäftigungsorientierte Wirtschafts-, Fiskal- und Geldpolitik in Europa zu gestalten. Die Finanzvermögen sind weltweit in den letzten 30 Jahren um das 15fache angestiegen, während das Weltinlandsprodukt lediglich um das 6fache gestiegen ist. Diese Finanzvermögen wurden nur unzureichend in die Realwirtschaft investiert, stattdessen landeten sie in zunehmenden Maße in Spekulationsgeschäften – auch weil die Regierungen sie aufgrund ihrer Niedrigsteuerepolitik in viel zu geringem Umfang abschöpften. Insofern ist Geld in Form von konzentriertem privaten Vermögen reichlich vorhanden. Jetzt geht es darum, dieses kollektiv zum Wohle der Volkswirtschaft und der Gesellschaft zu nutzen. Mit der Stabilisierung der Einnahmeseite der Staaten über eine gerechte Vermögens- und Erbschafts-, Gewinn- und Einkommenssteuer (mit angemessenen Freibeträgen) sowie einer Finanztransaktionssteuer kann eine Stabilisierung des Euro und eine Aufwärtsspirale der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht werden.

---

(1) Die in 2010 ausgebrochene Staatsfinanzierungskrise wird häufig als Staatsschuldenkrise bezeichnet, weil vor zwei Jahren Griechenland, Portugal, Spanien und Irland nur noch mit europäischer Unterstützung ihre Schulden bedienen konnten. „Über die Verhältnisse gelebt“ ist eine vielfach gestellte Diagnose – bei genauer Betrachtung aber irreführend: Irland musste mit der Finanzmarktkrise 2008 Milliarden Beträge in die Banken pumpen, um Insolvenzen und einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern. Irlands Staatsverschuldung explodierte. In Spanien platzte eine Immobilienblase, die Wirtschaft brach ein und mit ihr die notwendigen Steuereinnahmen. In Portugal und Griechenland führten Wirtschaftseinbrüche ebenfalls zu massiven Steuermindereinnahmen, sodass Zinsen und Tilgungen nur noch mit europäischer Unterstützung möglich sind. Hinzu kommt, dass

diese Länder seit vielen Jahren Leistungsbilanzdefizite zu verzeichnen haben, während andere Länder wie Deutschland steigende Leistungsbilanzüberschüsse aufweisen. Die eigentlichen Ursachen dieser seit 2010 offensichtlichen Staatsfinanzierungs- und inzwischen Eurokrise liegen demnach insbesondere an den immensen Kosten und negativen Folgewirkungen der Finanzmarktkrise seit 2008 sowie den andauernden Leistungsbilanzungleichgewichten in Europa.

(2) Der von der EBA errechnete Kapitalbedarf von 114,7 Mrd Euro der insgesamt 70 europäischen Banken setzt sich nach Nationen im Wesentlichen zusammen aus (in Euro) :

Griechenland:	30 Mrd		
Spanien:	26 Mrd		
Italien	15 Mrd		
Frankreich	8 Mrd		
Portugal	7 Mrd		
Belgien	6 Mrd		
Österreich	4 Mrd		
Deutschland	13 Mrd	davon Commerzbank:	5,3
		Deutsche Bank	3,2
		NordLB	2,5
		Helaba	1,5
		DZ-Bank	0,353
		WestLB	0,224

Während für die WestLB die bis zum 30. Juni d.J. zu schließende Kapitallücke keine Bedeutung mehr hat, da sie nach den EU-Auflagen aufgespalten und teilweise abgewickelt wird, werden die DZ-Bank, Helaba, NordLB und Deutsche Bank ihre jeweilige Kapitallücke ohne größere Probleme bewältigen können. Einzig die Commerzbank hat erhebliche Mühe, diese neue Auflage zu erfüllen, weil sie unbedingt eine erneute Beteiligung des Staates (Soffin) vermeiden will.

(3) Die Banken vertrauen sich untereinander kaum noch. Der Interbankencreditmarkt ist noch stärker ausgetrocknet als unmittelbar nach der Insolvenz von Lehman Brothers 2008. Die ungewöhnliche hohe Liquiditätsspritze der EZB in das europäische Bankensystem in Höhe von 500 Mrd Euro zum Leitzins von 1% im Dezember 2011 für die nächsten drei Jahre nutzen die Banken bisher kaum für Geschäftstätigkeiten. Nahezu der gesamte Betrag wird auf sogenannten Übernachtskonten von den Banken wiederum bei der EZB zu einem Minizins von 0,25% geparkt. Diese Einlagen erreichten Mitte Januar einen Rekordwert von 501,9 Mrd Euro. Das zeigt an, wie groß das Misstrauen untereinander ist. Die Banken leihen sich untereinander kaum noch Geld.

(4) Der Unicredit hat zwar das benötigte Aktienkapital von 7,5 Mrd Euro erhalten, aber nur durch entsprechende Garantien von Investmentbanken und einem deutlichen Kursverlust von mehr als 40%.

(5) Dazu sind unter [www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de) diverse Materialien (Foliensätze, Infos) enthalten

(6) [www.dgb.de](http://www.dgb.de); Kurswechsel / Vier Punkte gegen Eurokrise

(7) Eine umfassende Regulierung der Finanzmärkte, die zu einer grundlegend neuen Finanzmarktarchitektur führt, ist in einem Diskussionsentwurf konkret beschrieben.  
Titel: „Finanzmarktkrise ohne Ende? Ein grober Überblick über die Entwicklung der Krise, Positionierungen sowie Handlungserfordernisse“ von Uwe Foullong am 21. November 2011

(8) IMK-Report Nr. 70, Januar 2012

---

„Spekulationen mögen unschädlich sein, solange sie wie Seifenblasen auf einem steten Strom unternehmerischer Aktivitäten tanzen. Aber die Lage wird ernst, wenn Unternehmen zu Seifenblasen auf dem Strudel der Spekulationen werden. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes zum Nebenprodukt der Aktivitäten in einem Kasino werden, kommt ziemlich sicher nichts Gutes dabei heraus.“

John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 1936, Kapitel 12

---

Uwe Foullong  
ver.di-Bundesverwaltung

18. Januar 2012